



VAdM-Kurier

19. Ausgabe: Februar 2021

Vertriebene, Aussiedler und deutsche Minderheiten in der AfD — VAdM e.V.

Herzlich
willkommen zur
19. Ausgabe
unseres
„VAdM-Kuriers“
im
Februar 2021

Inhalt:

Editorial	Seite 1
Rußlanddeutsche: Für mehr Gerechtigkeit	Seite 2
Markus Söder und die Beneš-Dekrete	Seite 2
AfD-Wahlstudio Rheinland-Pfalz	Seite 3
Rainer Rothfuß: Migrations-Studie	Seite 3
Deutscher Nationalrajon Asowo (Omsk, Sibirien)	Seite 4
Die Wolgadeutschen 1920 (Teil 10)	Seite 4
Die Weltwirtschaftskrise in den Donauländern (Teil 8)	Seite 5
Sören Neitzel: Deutsche Krieger (Buchbesprechung)	Seite 5
Die Reichsgründung 1871 (Teil 2)	Seite 6
Stationen begangenen Unrechts an Deutschen in Osteuropa	Seite 7
Wer hat Elisabeth Maurer ermordet?	Seite 8
Erinnern: Viktor Orendi-Hommenau	Seite 9
Verschiedenes/Hoh(I)spiegel/Impressum	Seite 10

editorial

Auch in den letzten Leitartikeln der Presseorgane diverser Landsmannschaften werfen die bevorstehenden Wahlen des noch jungen Jahres 2021 ihre Schatten voraus. Nachdem in den etwas älteren Ausgaben noch über „Anstandsrente“, Altersarmut der Aussiedler und dergleichen Schlagworten gesprochen wurde, verklingen derzeit diese Forderungen.

Vor einigen Wochen kamen Signale aus Berlin, man möge doch die „Corona“ nicht zum Wahlkampfthema machen: Nach dem von der EU verbockten Vakzin-Desaster fühlen sich je nach politischer Funktion alle Parteien bemüßigt, entweder diese Versäumnisse schönzureden oder anzuprangern. Fakt ist, daß die Direktive aus dem Kanzleramt, auch in diesem Fall – wie immer – auf eine EU-einheitliche Lösung hinzuarbeiten, gründlich – wie zu erwarten war – versagte: Dabei wird das Zeitfenster für eine Durchimpfung bis in den Sommer immer kleiner. Ungarn und andere EU-Staaten ordern Impfpullen in Rußland und China.

Aber auch in der erwähnten Rentenproblematik wird das Zeitfenster für die Unionspolitiker, Markus Söder und Armin Laschet an der Spitze, immer *kleiner*, um bis zur Bundestagswahl für Rentengerechtigkeit bei Aussiedlern und Spätaussiedlern Sorge zu tragen.

Seit über 20 Jahren hat sich in dieser Problematik rein gar *nichts* getan. Von Hochglanzbroschüren und schönen Wahlfotos können sich die Betroffenen nichts kaufen.

Vadim Derksen

Herbert Karl



Schlesien
in Farbe 2021

Der Frühling

Wenn auf Gefilden neues Entzücken keimt
Und sich die Ansicht wieder verschönt und
sich

An Bergen, wo die Bäume grünen,
Hellere Lüfte, Gewölke zeigen,

O! Welche Freude haben die Menschen! froh
Gehen an Gestaden Einsame, Ruh und Lust
Und Wonne der Gesundheit blühet,
Freundliches Lachen ist auch nicht ferne

Friedrich Hölderlin



Aktualität

1. Nachkommen (Kinder, Enkel, Urenkel, uneheliche Kinder) von vom BVA (Bundesverwaltungsamt) anerkannten Spätaussiedlern sollten automatisch als Deutsche anerkannt werden und das auch nach dem Tod des (im Besitz eines Aufnahmebescheids befindlichen) Antragstellers und nach dessen Tod in seinen Aufnahmebescheid einbezogen werden und ein Recht auf ständigen Aufenthalt in Deutschland erhalten, einschließlich derer, die für bestimmte Zeit ihren Wohnort gewechselt oder ihren Aufenthaltsort außerhalb der Grenzen Russlands und der ehemaligen Sowjetrepubliken oder der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) verlassen haben.

2. Kinder und Enkelkinder von Deutschen, die ihre deutsche Abstammung nachweisen können (auch solche, deren Eltern die Sprachprüfung seinerzeit aus irgendeinem Grund nicht abgelegt haben, sollten das Recht haben, den Test selbst zu beantragen und abzulegen und nach erfolgreichem Bestehen als Deutsche (Spätaussiedler) anerkannt zu werden, und nach Deutschland einreisen dürfen.

3. Kinder und Enkelkinder von Deutschen, die vor oder nach 1993 geboren wurden, sollten das Recht haben, unabhängig von der Staatsangehörigkeit, die ihre Eltern seinerzeit gewählt hatten (viele mussten ihre deutsche Herkunft aufgrund unterschiedlicher Lebensumstände verheimlichen), selbständig einen Antrag auf Anerkennung als Spätaussiedler oder Nachkommen von Spätaussiedlern zu stellen und folglich nach Bestehen des Sprachtests die Möglichkeit erhalten, nach Deutschland einzureisen.

4. Deutsche sowie deren Kinder und Enkelkinder (sofern sie über Dokumente verfügen, die ihre deutsche Herkunft belegen) sollten das Recht haben, nach Deutschland einzureisen und hier einen Sprachkurs zu belegen und eine Sprachprüfung abzulegen, wenn sie an ihrem Wohnort dazu nicht die Möglichkeit haben (wenn sie z. B. in der sibirischen Taiga oder in den Steppen Kasachstans leben oder Aufgrund des Gesundheitszustandes).

5. Zeitpunkt der Vererbung der deutschen Staatsangehörigkeit der Jahre 1941 bis 1945.

Für Nachkommen in direkter Linie (Kinder, Enkelkinder) das Recht auf Vererbung der deutschen Staatsangehörigkeit der Vorfahren für beide Elternteile unter Anerkennung aller Rechte anerkennen. Unabhängig davon, ob ihre Eltern verheiratet oder unverheiratet waren; ab dem Zeitpunkt der Geburt ihrer Kinder und Enkelkinder gelten die Urenkel als Spätaussiedler mit A1-Bescheinigung, wenn die Vorfahren die deutsche Staatsangehörigkeit besaßen. Auf der Grundlage von Zeugenaussagen, Gerichtsentscheidungen, Feststellung der Vaterschaft und Mutterschaft, unabhängig vom Alter des Kindes, mit notarieller Beglaubigung.

Ab Abschaffung der Beschränkungen für Personen, die vor dem 1.1.1975 oder später geboren wurden.

Albert Breininger

Markus Söder und die Beneš-Dekrete

Ob es in diesem Wahljahr coronabedingt einen Sudetendeutschen Tag geben wird, steht noch in den bayerischen Sternen. Fakt aber ist, daß sich die Parteien erneut um „ihre“ Vertriebenen, insbesondere um die Sudetendeutschen kümmern werden. Ganz oben steht – als deren „Schirmherr“ – Markus Söder, aber dieser ist auf der ständigen Suche nach einem Mikrofon, um der Bevölkerung weitere Einschränkungen zu verkünden.

So ganz nebenbei setzt er sich vehement für eine Koalition auf Bundesebene mit den Grünen ein; dessen Co-Vorsitzender attestierte ihm bereits einen verstärkten Liberalismus.

Insbesondere die Sudetendeutschen „verfolgen das Liebegeplänkel des bayerischen Regierungschefs mit den Grünen dagegen mit Besorgnis. Die Öko-Partei hat in der Vergangenheit nicht mit Verständnis für die Belange der Vertriebenen gegläntzt“ (Sudetenpost, 7. Jänner 2021, S.2).

Allein der auf den schönen deutsch-mährischen Namen hörende Milan Horáček (siehe Eckart Lohse: Ein Grüner bei den Vertriebenen, FAZ, 7. April 2015, S.4) war eine Ausnahme, hierfür wurde er auch mit dem Europäischen Karlspreis der SL geehrt.

Vor gut zwei Jahrzehnten behauptete die grüne BT-Abgeordnete Antje Vollmer noch, „das Thema Vertreibung [. . .] ins Museum der Geschichte“ Die Reaktion des seinerzeitigen Schirmherrn, Edmund Stoiber, kam prompt: »Man darf und kann aber vor der Geschichte nicht davonlaufen« (Sudetenpost).

Pfingsten 2018 war ich Ohrenzeuge, als Herr Söder posaunte, die sogenannten Beneš-Dekrete wären mit dem EU-Geist nicht vereinbar und müßten abgeschafft werden. Im Superwahljahr 2021 geht es aber streng vorwärts nach dem Motto: „Was interessiert mich mein Geschwätz von gestern.“ Damit nicht genug, auch wenn Coronatests an der Grenze zur Tschechischen Republik anstehen, hofiert der Kanzleraspirant deren politische Führung und lobt die hierbei erzielten Ergebnisse.

Die Beneš-Dekrete gelten nach wie vor . . .

Herbert Karl

FÜR DIE GERECHTIGKEIT

Initiative Gruppe der Russlanddeutschen, die für ihr Recht kämpfen um in ihre historische Heimat Deutschland zurückzukehren.

Russlanddeutsche, die heute noch in der ehemaligen Sowjetunion leben, warten darauf, dass die deutsche Regierung die folgenden fünf Fragen löst:

✉ albert.breininger@web.de t.me/joinchat/Q9ioWVFP0NuKE4j
f www.facebook.com/fur.die.gerechtigkeit



Aus dem AfD-Wahlstudio Rheinland-Pfalz

Das Auftaktgespräch mit den Spitzenkandidaten Michael Frisch und Martin Schmidt vom 30. Januar 2021:

[https://www.facebook.com/afdrheinlandpfalz/videos/afd-rlp-nighttalk-mit-spitzenkandidat-michael-frisch-und-martin-schmidt-listenpl/276316643849266/? so =permalink& rv =related videos](https://www.facebook.com/afdrheinlandpfalz/videos/afd-rlp-nighttalk-mit-spitzenkandidat-michael-frisch-und-martin-schmidt-listenpl/276316643849266/?so=permalink&rv=related_videos)

Ebenfalls am 30. Januar wurde das Wahlkampfcomic ins Netz gestellt:

Comic AfD-Wahlprogramm, ebenfalls am 30. Januar eingestellt (acht Minuten):

[https://www.facebook.com/afdrheinlandpfalz/videos/alternatives-wahlprogramm-der-afd-rheinland-pfalz/155379743059699/? so =permalink& rv =related videos](https://www.facebook.com/afdrheinlandpfalz/videos/alternatives-wahlprogramm-der-afd-rheinland-pfalz/155379743059699/?so=permalink&rv=related_videos)

Dr. Rainer Rothfuß

Wege aus der Migrationskrise

Eine Studie von Dr. Rainer Rothfuß im Auftrag der AfD-Delegation im EU-Parlament

Die Fragen von Migration und Asyl gehören angesichts des langfristig wachsenden Migrationsdrucks aus Afrika und Asien zu den wichtigsten Politikfeldern, die für die Zukunft und Gestalt Europas bis zum Ende des 21. Jahrhunderts entscheidend sein werden. Die 2020 initiierte „Corona-Lockdown-Krise“ wird in den kommenden Jahren eine grundlegende Neubewertung der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Globalisierungsprozesse sowie des Migrationsparadigmas verlangen. Die Welt steht an einer Wegscheide der Maximierung globaler Verflechtungen bzw. ihrer maßvollen Rückführung in dezentrale, stärker regional fokussierte Beziehungsgeflechte. Ein Paradigmenwechsel weg von der Priorisierung des „Globalismus“ und hin zur „intelligenten Nähe“ als Leitbild wird auch in der Migration seinen Niederschlag finden.

Für die AfD-Delegation im EU-Parlament zeigt Dr. Rainer Rothfuß in seiner Studie Wege aus der Migrationskrise. Rainer Rothfuß hat Geographie der Entwicklungsländer, Politikwissenschaft, Raumordnung und Entwicklungsplanung studiert. Von 2009 bis 2015 hatte er eine Professur für Politische Geographie und Entwicklungsforschung an der Universität Tübingen inne. Als selbständiger Berater hat er unter anderem innovative Hilfsprojekte für verfolgte religiöse Minderheiten entwickelt und geleitet, die einen Ansatz der Hilfe vor Ort bzw. in Nachbarregionen verfolgen. Aufgrund seines ehrenamtlichen Engagements für die Völkerverständigung zwischen Europa und Russland erhielt Rothfuß 2018 zum 1000-jährigen Jubiläum des Friedensvertrags von Bautzen den Bautzener Friedenspreis:

[Wege aus der Migrationskrise \(id-afd.eu\)](https://www.afd.eu/wege-aus-der-migrationskrise)



Deutsche Minderheiten weltweit

Deutscher Nationalrajon Asowo (Omsk, Sibirien)

Am 19. Februar 2021 sind es 19 Jahre her, dass auf Erlass des Präsidiums des Obersten Sowjets der Russischen Föderation am 17. Februar 1992 in der westsibirischen Oblast (dt. Gebiet) Omsk der "Deutsche Nationalrajon Asowo" entstand. Dieser Landkreis für die deutsche Minderheit ist in etwa so groß wie die Insel Rügen – und in etwa so knapp besiedelt mit durchschnittlich 16 Menschen pro Quadratkilometer.

Inzwischen lebt die Mehrheit der damaligen Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland. Trotzdem werden die deutschen Kulturtraditionen und die deutsche Sprache in Asowo weitergepflegt. Unter anderem in Alexandrowka, dem ältesten deutschen Dorf Sibiriens (gegründet 1893 von lutherischen Kolonisten aus den Gouvernements Saratow und Samara).

Vor 5 Jahren bekam der Deutsche Nationalrajon hohen Besuch von Hartmut Koschyk (Parlamentarischer Staatssekretär a. D., Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten a. D.).

Gemeinsam mit dem Leiter der Verwaltung des Deutschen Nationalrayon Asowo, Pavel Leonidovich Baginski (r.), dem stellvertretenden Vorsitzenden der Regierung der Region Omsk, Vladimir Kompaneyschikov (l.) und dem Vorsitzenden der deutschen Minderheit in der russischen Föderation, Heinrich Martens

Der Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Hartmut Koschyk MdB, hat im Rahmen der 21. Sitzung der Deutsch-Russischen Regierungskommission für die Angelegenheiten der Russlanddeutschen den Deutschen Nationalrayon Asowo und das älteste deutsche Dorf In Sibirien, Alexandrowka, besucht.

Hier geht es zu seinem Reisebericht, inklusive historischem Exkurs und zahlreichen Fotos:

<https://www.koschyk.de/international/koschyk-besucht-deutschen-nationalrayon-asowo-und-das-aelteste-deutsche-dorf-in-sibirien-alexandrowka-25114.html>

Vadim Derksen



Die Wolgadeutschen 1920: Zwischen vermeintlicher Autonomie und Hungersnöten

Teil 10

Im Unterschied zu den verarmten russischen Muschiks (leibeigener Bauer) waren die deutschen Kolonisten seit ihrer Ansiedlung zu einem gewissen Wohlstand gekommen, der sie für die sowjetische Propaganda und der damit beförderten *Neidkultur* nicht zugänglich machte:

„Der bolschewistische Armutskult betrachtete allein den besitzlosen Tagelöhner als revolutionäres Subjekt und organisierte seinetwegen die »Komitees der Armen« (Kombed). Der mittlere Bauer, der sein Land im Familienbetrieb bestellte, erschien in dieser Sicht bereits suspekt und jedenfalls für den Klassenkampf untauglich“ (Dalos, S. 95).

Ein halbwegs wohlhabender Bauer, der unter Umständen auch noch einigen Tagelöhnern Arbeit und Brot sicherte, wurde als »Kulak« (Großbauer) eingestuft: Für viele sollte diese Kategorisierung nicht nur Enteignung, sogar das Todesurteil bedeuten, denn Kulak wurde im neuen System mit *Konterrevolutionär* gleichgesetzt. Konnte diese zwingende Logik für russischen Dörfer noch einigermaßen denkbar erscheinen, erwies sie sich für die Kolonisten vollkommen sinnlos. Auch die deutschen Dörfer waren selbstredend nicht von Übervorteilung und Neiddebatten nicht gefeit, aber die

„konfessionell, sprachlich und kulturell begründeten Gemeinsamkeiten setzten jedoch den Konflikten eine Grenze und schmiedeten das Dorfkollektiv gegenüber äußeren Kräften zusammen“ (Dalos, S. 95).

Dieses Zusammengehörigkeitsgefühl wirkte auch mit der Erringung der Autonomie und dem damit verbundenen „System des Kriegskommunismus“ nach:

„Dieses mit den Notwendigkeiten des Bürgerkriegs begründete Paket von Maßnahmen enthielt neben der Verdrängung von Geldwirtschaft und Handel, der Einführung der Arbeitspflicht und der vorrangigen Befriedigung der Bedürfnisse der Roten Armee eine Neuerung, die das Dorf (. . .) empfindlich traf: Es handelte sich um die Institution der »Ernährungstruppen« (prodotrjady), eine Kommandos aus Soldaten und Politikommisaren, die das Recht hatten, all das, was man als »Überschuss« qualifizierte, bei den Bauern zu requirieren und die staatlich eingeforderte Menge des landwirtschaftlichen Ertrags notfalls mit Gewalt und Terror einzutreiben“ (Dalos, S. 95).

Hinzu kamen noch die Zwangseinquartierungen in den deutschen Dörfern, was zu weiterem Unmut gegenüber dem sowjetischen System führte.

(Fortsetzung folgt)

Herbert Karl

Angeichts der sich aktuell verschärfenden Weltwirtschaftskrise wollen wir einen Rückblick auf die Weltwirtschaftskrise (WWK) 1929 im Osten Europas werfen.

Die Weltwirtschaftskrise 1929 in den Donauländern

Teil 8

Tardieu, der französische Außenminister, machte die Angelegenheit der finanziellen Unterstützung und Kreditierung der Donauländer zu seiner Chefsache: Am 28. Februar 1932 bereits telegraphierte er dem französischen Botschafter beim Völkerbund, Massigli, er werde tags darauf selbst nach Genf kommen. Von seinem Finanzminister erhielt er dessen Standpunkt mitgeliefert: Die Währungen Österreichs und Ungarns sollten mit Hilfe eines ausländischen Kredits, der Kontrolle der Notenbanken und einer „Fédération danubienne“ gerettet werden (Bariéty, in: Becker, S. 377).

Er verhandelte sodann in Genf mit den maßgeblichen Persönlichkeiten Ostmitteleuropas, Italiens und Großbritanniens, nicht aber Deutschlands. Die Ergebnisse aus Genf wurden in der Note vom 2. März aufgezeichnet: Die Staaten der Kleinen Entente, Österreich und Ungarn sollten ein Zollpräferenzsystem bilden, nach der Übereinkunft zwischen diesen fünf Staaten sollten diese die zuständigen Instanzen des Völkerbundes „mit ihren Vorschlägen befassten“ (Bariéty, in: Becker, S. 378).

Italien und Großbritannien sollten in Vorverhandlungen mit Frankreich die Bedingungen dieses Präferenz-Systems klären, d. h. im Klartext: Die drei Großmächte sollten auf die fünf mitteleuropäischen Staaten Druck ausüben, um die Harmonisierung ihrer Wirtschaften durch Zollabbau herbeiführen: Die Gesamtregelung würde dann „unter den Schutz und die Kontrolle des Völkerbundes gestellt werden“. Von diesem Plan, das muß präzisiert werden, war Deutschland komplett ausgeschlossen (Bariéty, in: Becker, S. 378).

Dies waren die Hauptfolgen des deutsch-französischen Gegensatzes: Man versuchte bei wirtschaftlichen Initiativen und geplanten Zusammenschlüssen die Gegenseite auszuschließen und damit waren diese Projekte schon vom Ansatz her falsch, aber es kam noch schlimmer: Durch die Veröffentlichungen der „Le Temps“ wurde der Plan noch am gleichen Tag publik, folgerichtig ging das deutsche Gezetzer nun erst richtig los.

Die Reichsregierung ihrerseits ging nun in die Offensive und übermittelte am 4. März der österreichischen Regierung, daß sie die vom österreichischen Kanzler am 16. Februar verlangte Wirtschafts- und Finanzhilfe gewähren könne und „bereit sei, entsprechend den Empfehlungen des Völkerbundes mit Österreich in Verhandlungen über die Modalitäten eines Präferenzsystems zwischen beiden Ländern einzutreten“ (Bariéty, in: Becker, S. 379). Um letzteres zu verhindern, erklärte sich Frankreich noch am gleichen Tag bereit, das Reich am Donauprojekt zu beteiligen; dennoch konnte man dessen Mißtrauen gegenüber dem französischen Plan nun nicht mehr ganz ausräumen.

Da nun die ‘Geheimdiplomatie’ nicht mehr weitergeführt werden konnte, wartete Paris „die gewünschte französisch-englisch-italienische Vorverständigung nicht mehr ab“ und teilte seinen Plan offiziell Belgrad, Budapest, Bukarest, Prag und Wien mit; Polen wurde auch nicht vergessen, denn Warschau hatte bereits sein Erstaunen darüber geäußert, daß man von Paris nicht ins Vertrauen gezogen worden war (Bariéty, in: Becker, S. 379). Der Plan sah ein Mitteleuropa der ehemaligen Länder der Donaumonarchie vor, dem auch „in zweiter Linie“ Rumänien und Jugoslawien beitreten sollten. Alle diese Länder wurden aufgefordert „über ein System der Kontingentierung und Gewährung gegenseitiger Präferenzzölle zu einer engeren ökonomischen Zusammenarbeit“ zu kommen (Matis, in: Plaschka, S. 243f.). Diese Länder einer Donauföderation sollten sich gegenseitig eine *Zollermäßigung* von 10% gewähren, Handelsverbote aufheben und eine gemeinsame *Währung* sollte „progressivement instituée“ werden (Droz, S. 252).

Polen und Bulgarien waren noch ausdrücklich ausgeschlossen, bekundeten aber später Interesse daran teilzunehmen (Kühl, S. 46).

(Fortsetzung folgt)

Herbert Karl

Buchbesprechung

Neitzel, Sönke: Deutsche Krieger.

Vom Kaiserreich zur Berliner Republik - eine Militärgeschichte.

Spiegel-Bestseller. Gebunden, 816 Seiten, 13,8 x 22 cm, 884 gr, in deutscher Sprache.

2020, 5. Auflage. Propyläen Verlag. ISBN: 978-3-549-07647-7

Neu. Gebundener Ladenpreis (originalverschweißt).

33,00 EUR

Zum Inhalt:

Ein Leutnant des Kaiserreichs, ein Offizier der Wehrmacht und ein Zugführer der Task Force Kunduz des Jahres 2010 haben mehr gemeinsam, als wir glauben. Zu diesem überraschenden Schluss kommt Sönke Neitzel, der die deutsche „Kriegerkultur“ in all ihren Facetten untersucht. Seine Bilanz: Soldaten folgen der Binnenlogik des Militärs, sie sollen kämpfen und auch töten. Das gilt für die großen Schlachten im Ersten Weltkrieg, den verbrecherischen Angriffskrieg der Wehrmacht und aber auch für die Auslandseinsätze der Bundeswehr. In einer großen historischen Analyse durchmisst Neitzel das Spannungsfeld zwischen Gesellschaft und Militär und zeigt, wie sich die Kultur des Krieges über die Epochen veränderte. 75 Jahre nach Kriegsende geht es darum, das ambivalente Verhältnis der Deutschen zu ihrer Armee neu zu bestimmen. Dieses Buch liefert die Grundlagen.

Autor(en):

Sönke Neitzel, geboren 1968, war nach Lehrtätigkeiten in Mainz, Karlsruhe, Bern und Saarbrücken Professor für Modern History an der University of Glasgow und Professor für International History an der London School of Economics (LSE). Seit 2015 hat er den deutschlandweit einzigen Lehrstuhl für Militärgeschichte/ Kulturgeschichte der Gewalt am Historischen Institut der Universität Potsdam inne. Zuletzt erschien von ihm und Harald Welzer der Bestseller »Soldaten. Protokolle vom Kämpfen, Töten und Sterben« (2011).

H.T.



Die Reichsgründung 1871:

Aufkommen des polnischen Nationalgefühls 1830-1848

Teil 2

Für aufmerksame Beobachter waren schon die Jahre vor 1848 voller Zeichen eines europäischen Weltbrandes. Spätfolgen des polnischen Aufstands in Rußland waren Seuchen, die sich bis nach Berlin ausbreiteten: In 1831 verstarb einer der bedeutendsten Philosophen, Georg Friedrich Wilhelm Hegel, an dem mit den Flüchtlingen eingeschleppten Cholera.

Es waren aber nicht nur nationale Befindlichkeiten, die einen Flächenbrand andeuteten: Der „Manchesterkapitalismus“ manifestierte sich in den 1840ern mit unterschiedlicher Intensität in Mitteleuropa, nachdem er in England zwei Jahrzehnte vorher seinen Höhepunkt erreicht hatte; aber auch der Widerstand (Stichwort: Maschinensturm wegen dem Verlust von Arbeitsplätzen) regte sich. Im Deutschen Bund stiftete Heinrich Heine den schlesischen Webern 1844 wirkmächtig ein *literarisches Monument*:

*„Das Schiffchen fliegt, der Webstuhl kracht,
Wir weben emsig Tag und Nacht -
Altdeutschland, wir weben dein Leichentuch,
Wir weben hinein den dreifachen Fluch,
Wir weben, wir weben!“*

Produkte dieser Region waren dank des britischen Freihandels unterlegen, dieser fußte wie *die* derzeit hochgepushte *Globalisierung* auf immer größere Produktionsmengen bei sinkenden Preisen: Jene entsprechen einem ruinösen Wettbewerb; so konnten z. B. die Solinger Schneidwaren in Deutschland ihre wirtschaftliche Position halten, waren aber global *nicht* absetzbar. Die Konkurrenz aus Sheffield hingegen konnte auf exzellente Rahmenbedingungen zurückgreifen: Erstens günstige Rohstoffe wie Eisen und Steinkohle und ein modernes Verkehrsnetz, zweitens, dem Einsatz von Dampfmaschinen in englischen Fabriken, drittens, durch die erwähnte Freihandelspolitik des Britischen Empires war ein *weltweiter* Absatz gesichert.

Die Mitbewerber in Zentraleuropa versuchten dieser geballten Konkurrenz durch Senkung der Produktionskosten, d. h. vor allem der Löhne, ihre Marktposition zu halten; dabei kamen sie aber nicht von dem veralteten Verlags- und Trucksystem weg: Innovation war noch ein Fremdwort.

Eine demokratisch gewählte deutsche Nationalversammlung sollte die Grundlagen für einen einheitlichen Bundesstaat legen: Von einer besonderen Bedeutung war dabei die Festlegung der Bundesgrenzen.

Die demokratisch gewählte deutsche Nationalversammlung sollte die Grundlagen für einen einheitlichen Bundesstaat legen: Von einer besonderen Bedeutung war dabei die Festlegung der Bundesgrenzen.

Die in Kiel formierte provisorische Regierung von „Schleswig-Holstein“ forderte die Aufnahme in den [Deutschen Bund](#) und bat den Bundestag in Frankfurt um militärische Unterstützung gegen die Dänemark. Der Konflikt wurde zu einer Prestigefrage für die [Nationalversammlung](#): Unter preußischem Kommando kämpften [Bundestruppen](#) gegen die Dänen. Am 26. August 1848 wurde unter massiven Druck von [England](#) und [Rußland](#) der Vertrag von Malmö Dänemark und Preußen geschlossen.

[Preußen](#) mußte den *nationalen Gedanken* zugunsten seiner Interessen als europäische Macht aufgeben. Die neue Reichsregierung hatte zwar die demokratisch gewählte Legitimität der Paulskirche und das Volk hinter sich, sie hatte aber keine faktische Macht: Es fehlte an finanziellen Mitteln, einer funktionierende Verwaltung und an einem stehenden Heer.

Mit der von der Paulskirche beschlossenen Grenzziehung im Großherzogtum Posen hingegen verbanden viele Polen den Traum, den im letzten Jahrhundert geteilten polnischen Staat wiedererstehen zu lassen. Die preußischen Provinzen Posen, West- und Ostpreußen hatten – wie bereits erwähnt – einen Sonderstatus, da sie nicht dem Deutschen Bund angehörten.

Als ob der Bundestag in der Paulskirche noch nicht genug Probleme gehabt hätte, entwickelte sich aus der „Posenfrage“ eine grundsätzliche „Polen-debatte“: Sollte das von Deutschen und Polen besiedelten Posen zur Keimzelle eines neuen polnischen Staatsgebildes werden? Wie immer fanden sich auch unter den deutschen Abgeordneten und Revolutionären Idealisten, die auch als das polnische Aufbegehren Rußland im Keim erstickt war, noch vollmundig posaunten: „Noch ist Polen nicht verloren“

Fortsetzung folgt

Herbert Karl



Die Stationen des an den Ost- und Südostdeutschen begangenen Unrechts

Die einzelnen Stationen des an Ost- und Südostdeutschen ab 1939 begangenen Unrechts sind:

- der deutsch-estnische Vertrag vom 15.10.1939 über die Umsiedlung der Deutschen aus Estland in das Deutsche Reich;
- der deutsch-italienische Vertrag vom 15.10.1939 über die Umsiedlung der Deutschen aus Süd-Tirol in das Deutsche Reich;
- der deutsch-lettische Vertrag vom 30.10.1939 über die Umsiedlung der Deutschen aus Lettland in das Deutsche Reich;
- der deutsch-sowjetische Vertrag vom 3. 11.1939 über die Umsiedlung der Deutschen aus Ost-Galizien und Wolhynien in das Deutsche Reich;
- der deutsch-sowjetische vom 5.09.1940 über die über die Umsiedlung der Deutschen aus Bessarabien und der Nord-Bukowina in das Deutsche Reich;
- über die Umsiedlung der Deutschen aus dem Cholmer Land im September und Oktober 1940 in das Deutsche Reich;
- der deutsch-rumänische Vertrag vom 22.10.1940 über die Umsiedlung der Deutschen aus der Süd-Bukowina und der Nord-Dobrudscha in das Deutsche Reich;
- die Zwangsverschleppung der Deutschen aus Ost-Wolhynien 1940 und 1941 nach Sibirien und Mittelasien;
- die deutsch-sowjetischen Verträge über die Nach-Umsiedlung Deutscher aus Estland und Lettland sowie die Umsiedlung der Deutschen von der Krim und aus dem Kaukasus nach Sibirien und Mittelasien;
- die Zwangsverschleppung der Wolgadeutschen ab dem 15.08.1941 nach Auflösung ihrer Republik und Ende 1941 der Deutschen von der Krim und aus dem Kaukasus nach Sibirien und Mittelasien;
- die deutsch-kroatischen und deutsch-serbischen Verträge vom 6.10.1942 über die Umsiedlung Volksdeutscher aus Kroatien und Serbien in das Deutsche Reich sowie die Umsiedlung der Deutschen aus dem Siedlungsgebiet Gottschee in der Krain, aus Slawonien und Bosnien in das Deutsche Reich;
- der deutsch-bulgarische Vertrag über die Umsiedlung der Deutschen aus Bulgarien in das Deutsche Reich;
- die Umsiedlung der Schwarzmeer-Deutschen 1943 und im Sommer 1944 in das Deutsche Reich.

Alle menschenrechtswidrigen Gesetze müssen nach meiner Meinung sofort in der EU aufgehoben werden. Dies sind in Polen die Enteignungs- und Ausbürgerungsgesetze vom 28.02.1945 und 6.05.1945 sowie vom 3.01.1946 und 8.03.1946; in Tschechien und der Slowakei die tschechoslowakischen Gesetze („Benesch-Dekrete“) vom 21.06.1945, 2.08.1945 und 25.10.1945 sowie das Straffreistellungsgesetz vom 8.05.1946; außerdem in Slowenien die jugoslawischen „AVNOJ-Bestimmungen“ vom 21.11.1944, 23.08.1945 und 31.07.1946 sowie weitere Gesetze gegen die deutsche Bevölkerung vom 9.08.1945, 10.08.1945, 25.08.1945 usw. Alle diese Gesetze waren nämlich schon am Tag ihrer Entstehung u. a. gemäß der Haager Landkriegsordnung von 1907 völkerrechtswidrig und damit nichtig.

Es ist meiner Ansicht nach notwendig, insbesondere um auch in Zukunft Vertreibungen und Zwangsverschleppungen zu verhindern, daß das an den Deutschen und anderen Völkern und Volksgruppen in Europa in der Vergangenheit begangene Unrecht endlich als solches anerkannt und wiedergutmacht wird. Die Verantwortlichen zum Beispiel für die Zwangsverschleppung Volksdeutscher aus Rumänien, Ungarn und Jugoslawien in die Sowjetunion Ende 1944 und Anfang 1945, den Völkermord an den Deutschen in Jugoslawien von 1944 bis 1948, die Massenverschleppungen Deutscher durch die Rote Armee in die Sowjetunion von Februar bis April 1945, die Vertreibung der Deutschen aus den deutschen Ostgebieten, Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn und Jugoslawien von 1945 bis 1950 und die Zwangsverschleppung Volksdeutscher innerhalb Rumäniens in die Bărăgan-Steppe ab Juni 1951 sind endlich strafrechtlich zu verfolgen und ihre Opfer angemessen zu entschädigen, wobei die über zwei Millionen toten Deutschen nicht mehr lebendig gemacht werden können.

Ich fordere ferner für die deutschen Vertriebenen und Spätaussiedler das völkerrechtlich zugesicherte Rückkehr-, Heimat- und Selbstbestimmungsrecht ein, ebenso das grundgesetzlich garantierte Eigentumsrecht an ihrem widerrechtlich und bisher entschädigungslos enteigneten beweglichen und unbeweglichen Vermögen, einschließlich einer Entschädigung der bisher entgangenen Nutzungsausfälle.

PD Dr. Mathias Weifert

Bitte an die bundesdeutsche Parlamentarier:

Wer hat Elisabeth Maurer ermordet?

von Oswald Hartmann

zugegeben, eine merkwürdige Frage, die man heute im Jahre 2021 an Parlamentarier des Deutschen Bundestages stellen muss. Muss, weil ein anderer Weg zur Klärung des Mordes vor genau 77 Jahren an der 22-jährigen Kindergärtnerin unmöglich ist. Wie man zu so einer Schlussfolgerung kommt, lässt sich dem folgenden Beitrag entnehmen.

Am 30. Dezember 2020 ist beim Donau-schwäbischen Buchdienst ein Buch bestellt worden. Titel des Werkes: „Heimatbuch der Gemeinde Woilowitz“ und ist u. a. von Matthias Merkle, dem langjährigen Pfarrer in Heilbronn, geschrieben worden.

Bevor ein Buch des Buchdienst-Antiquariats ausgeliefert wird, pflegt es der Verfasser dieser Zeilen noch einmal durchzublättern und zu prüfen, ob es – als ein Buch älteren Datums – in Ordnung ist. Bei diesem Durchblättern wurde völlig unverhofft die Seite 172 aufgeschlagen und das Bild der hübschen Elisabeth Maurer entdeckt.

Über Elisabeth Maurer war aus dem Buch nicht viel zu erfahren. Auf den Seiten 35 und 36 ist nur vermerkt, dass sie 1922 geboren wurde, Schülerin und später Kindergärtnerin war und im Oktober oder November 1944 von kommunistischen Partisanen mit 25 weiteren deutschen Frauen und Männern in das Gemeindehaus von Woilowitz gebracht wurde. Von dort hat man sie nach Panschowa geführt, misshandelt und schließlich ohne Gerichtsurteil erschossen.

Das ist alles, was über dieses – wie unser Bild zeigt – zuversichtlich in die Zukunft blickende Fräulein bekannt ist. Sie muss eine fröhliche junge Person gewesen sein, die wahrscheinlich noch vieles in ihrem Leben zu bewerkstelligen beabsichtigte. Dies hat man aber brutal unterbunden! Ihrem jungen Leben, das gerade der Jugendzeit entronnen ist, haben kommunistische Partisanen entsprechend den Angaben im Buch grundlos ein Ende gesetzt.

Das war Mord! Deshalb die Frage an die Abgeordneten: Wer hat Elisabeth Maurer ermordet? Nun, Abgeordnete sind keine Polizisten oder ähnlich ausgebildete Personen. Aber sie können – wenn sie es wollen – und wenn sie wie sie vorgeben wirklich für Gerechtigkeit für alle Menschen eintreten, energisch von ihren Kollegen im Serbischen Parlament verlangen, dass der Mord an Elisabeth Maurer aufgeklärt wird.

Dass bei der Aufklärung dieses Mordes der Umweg über deutsche Parlamentarier aller Parteien gewählt wird, liegt in der Erfahrung der letzten 75 Jahre. In dieser Zeit waren die einstigen Kommunisten, aber auch die sie an der Macht abgelösten politischen Kräfte nicht bereit, solche und ähnliche Straftaten vollkommen aufzuklären, geschweige den Täter zu nennen oder gar zu bestrafen.

Im Gegenteil!

Im Laufe der letzten Jahrzehnte weckten die Regierungen mancher Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawiens bei vielen Donauschwaben die Hoffnung, dass sie ihnen ihr unrecht enteignetes Vermögen zurückgeben wollen. Im Laufe dieser Prozedur ist aber zu beobachten, dass die Sache nur Augenwischerei ist. Einzelne Landsleute, die ihr durch ehrliche Arbeit erlangtes Vermögen zurückverlangen, stellen fest, dass die Hürden für eine Rückgabe so hoch sind, dass in den letzten Jahrzehnten nach eigener Einschätzung – trotz intensiver Bemühungen – kaum 100 Landsleute das ihnen zustehende Vermögen nur teilweise zurückerhalten haben.

Antragsteller sind gezwungen, sich mangels rechtlicher bzw. politischer Unterstützung seitens des deutschen Staates, des Bundes der Vertriebenen oder zuständiger Landsmannschaften der Hilfe von teuren Rechtsanwälten zu bedienen. Man muss sich u. a. von Gerichten des Vertreiberlandes rehabilitieren lassen, d. h. die eigene Unschuld selbst nachweisen!

Dies scheint deshalb notwendig zu sein, da durch die 1944 erlassenen AVNOJ-Beschlüsse allen Deutsche in Jugoslawien, vom Baby bis zum Greis, pauschal als schuldig deklariert und ihnen dementsprechend die Bürgerrechte entzogen wurden. Folge, alle Deutschen kamen in Todeslager, in denen etwa 80 000 unschuldige Menschen umgebracht wurden. Und heute müssen die Geschwister oder Kinder – falls welche da wären – die Unschuld auch von Elisabeth Maurer nachweisen, wenn sie die bescheidene Habe ihrer Mutter bzw. Schwester zurück haben wollten.



Deshalb wäre es wichtig festzustellen, wer Elisabeth Maurer, stellvertretend für zehntausende ähnliche Schicksale, umgebracht hat. War es eine unkontrollierte Bande, die eigenmächtig gehandelt hat, oder der Staat aufgrund der rassistischen AVNOJ-Beschlüsse. Von der Antwort auf diese Frage hängt es ab, wer eigentlich vor einem Gericht seine Unschuld beweisen muss.

Es ist zu hoffen, dass die angesprochenen Abgeordneten erkennen, dass auch Donauschwaben Anspruch auf Menschenrechte haben und darauf bestehen, diese entsprechend den geltenden Gepflogenheiten in Europa zu regeln. Das ist u. a. auch Sinn der **Petition der Deutschen Heimatvertriebenen**, die am 5. 08. 2020 an das **EU-Parlament** (Gesch. Nr.: 0981/2020), **Deutschen Bundestag** (Pet 3-19-05-99999-037471) und **Österreichischen Nationalrat** (GZ. 11010.0110/12-1.1/2020) eingereicht wurde.

Deshalb, noch einmal, wer hat Elisabeth Maurer ermordet?

Elisabeth Maurer, die jüngste Märtyrerin der Gemeinde Woilowitz bei Panschowa im Banat.
Bild entnommen dem „Heimatbuch der Gemeinde Woilowitz“, Seite 172

Erinnern

Viktor Orendi-Hommenau (1870-1954): Publizist in schwierigen Zeiten

Bis zum Ende des Ersten Weltkriegs waren Kontakte zwischen den Siebenbürger Sachsen, vorwiegend im Karpatenbogen vor gut 800 Jahren angesiedelt, und den Banater Schwaben, vor 300 Jahren von den österreichischen Kaiser vorwiegend aus Süddeutschland ins mittlere Donautal verfrachtet, sehr spärlich.

Der sogenannte Frieden von Trianon – den Ungarn von den Siegermächten diktiert – teilte das Banat; den größten Brocken erhielt Rumänien, dem auch ganz Siebenbürgen zugeschanzt wurde: Beide Volksgruppen haben 1919 mehrheitlich – nach einer ab dem österreich-ungarischen Ausgleich 1867 von Ungarn rigoros betriebenen *Madjarisierungspolitik* –, in Erwartung zugesagter Privilegien für Rumänien optiert. So teilten sich Banater und Siebenbürger ab den 1920ern des gleichen Schicksal: Sie mußten sich von Wien und Budapest *nach* Bukarest hin orientieren.

Einer der wenigen „Grenzgänger“ zwischen Siebenbürgen und dem Banat vor der Zwangsvereinigung im großrumänischen Königreich war Viktor Orendi-Hommenau, dessen Geburtstag sich 2020 zum 150-mal jährte. Der im siebenbürgischen Elisabethstadt 1870 geborene Viktor Orendi-Hommenau, dessen Doppelname von seiner Mutter – einer Edlen Farkas von Hommenau – herrührt, versuchte sich anfangs mit einer Lyrikveröffentlichung: „Blüten und Blätter“ 1896 in Sächsisch-Regen (*rum.*: Reghin, *ung.*: Szászrégen) aufgelegt.

Schnell überwand er seine ersten literarischen Gehversuche und wandte sich verstärkt der Journalistik zu: In Neumarkt (*rum.*: Târgu Mureş, *ung.*: Marosvásárhely) erschien 1896 *Das kleine Universum*, ein etwas liberal angehauchtes Blatt, und er betreute journalistisch in den Jahren 1895/96 das *Wochenblatt* von Sächsisch-Regen.

Bemerkenswert ist, daß Orendi-Hommenau, seine publizistische Aktivitäten in einer Region Siebenbürgens begann, die verstärkt dem Madjarisierungsdruck ausgesetzt waren: Sowohl Regen wie Neumarkt liegen am Rande des siebenbürgisch-sächsischen Kerngebiets, waren entsprechend von der ungarischen Mehrheit einem *immensen* Sprachdruck unterworfen.

Diese Problematik wird Orendi-Hommenau auch in seinem anschließenden journalistischen Hauptwirkungsgebiet, dem Banat, *nicht* loslassen.

(Das Foto wurde dem Buch: „Von der Heide“ Anthologie einer Zeitschrift, hrsg. von Walter Engel, Bukarest 1978, entnommen)

Fortsetzung folgt

Herbert Karl



Viktor Orendi-Hommenau, der Herausgeber der „Heide“, um 1930

Volkslied

Weinen macht das Herz dir schwer,
Mägdelein, weine nicht!
Ist der Himmel auch nicht klar,
Besser wird's wohl übers Jahr -
Mägdelein, weine nicht!

Weinen macht die Wangenbleich,
Mägdelein, weine nicht!
Wenn die Rosen wieder glühn,
Wird der Lenz auch dir erblühn -
Mägdelein, weine nicht!

Weinen macht die Augen rot
Mägdelein, weine nicht!
Nach des Winters Not und Pein
Kommt der liebe Sonnenschein -
Mägdelein, weine nicht!

Viktor Orendi-Hommenau
(„Von der Heide“, 4/1911)

VAdM: Nachrichten und Vermischtes

**Justice for
Victims of Tamils Genocide and
Tamils Right to Self-Determination**

தமிழின அழிப்பிற்கான நீதியும்,
தமிழர்களின்
சுயநிர்ணய உரிமையும்

With
Prof. Alfred de Zayas
Former UN independent expert on the promotion of a
democratic and equitable international order

MODERATOR:
Dr. Fr. Kulandaisamy
Professor of Chennai University

SPEAKER:
Nishanthi Peiris
Public Relations, Tamil Movement

SPEAKER:
Sharuthie Ramesh -Multi Talented
University of Toronto – Mississauga
Writer, Rapper, Percussionist, Record label
Manager, Karate Athlete.

**FEB
17
Wednesday**
Europe: 16:00 hr
Toronto: 10:00 AM
Tamil Eelam: 20:30 hr

Meeting ID: 872 1218 2439
Pass Code: 271170

Contact
Email: tamilolicanada@gmail.com
Tel: 289 633 4021

ABC Tamil Oli
NGO Special consultative status
with UN EDGDC






Eben erreichte uns folgende Meldung:

Mittelkürzungen für deutsche Minderheiten im Ausland

„Gestern (18.02) kamen Vertreter des Auswärtigen Amtes, der deutschen Mittlerorganisationen und der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Minderheiten (AGDM) zu einem Planungstreffen für das aktuelle Jahr zusammen. Das Ergebnis ist für die deutschen Volksgruppen ernüchternd, denn sie müssen mit einer geringeren Förderung um rund 18% rechnen.

Dies bedeutet einen erheblichen Einschnitt in die Bildungs- und Kulturarbeit für die deutsche Minderheit in Europa, die in Zusammenarbeit mit solchen Institutionen wie dem Goethe-Institut, den Deutschen Akademischen Austauschdienst, die Zentralstelle für das Auslandsschulwesen und dem Institut für Auslandsbeziehungen betrieben wird. Außerdem werden von den Kürzungen auch die deutschen Auslandsvertretungen betroffen sein, die ihrerseits die deutschen Minderheitsorganisationen mit Projektmitteln unterstützen.

Einbussen in Polen

Für die Deutschen in Polen kann es bedeuten, dass gemeinsame Bildungsprojekte des Goethe-Instituts und der Deutschen Bildungsgesellschaft gefährdet sind, vor allem aber die Kultur- und Medienarbeit der Organisationen, die vom Institut für Auslandsbeziehungen gefördert werden, wird wohl einen Dämpfer bekommen, dazu gehört auch unsere Zeitung sowie die vom Verband deutscher Gesellschaften produzierten Radio- und Fernsehsendungen.“

Weitere Informationen unter:

[Weniger Mittel für Kultur- und Bildungsarbeit | Wochenblatt - Gazeta Niemców w Rzeczypospolitej Polskiej](#)

Hierzu: Kein Kommentar!

HK

HOH(L)SPIEGEL:

von unserer fb-Seite:

„Andreas Hofer hat alles Erdenkliche für seine Heimat #Tirol gegeben – sogar sein Leben. Auch heute, 211 Jahre nach seinem Todestag, bräuchte es in unserem Tiroler Land Menschen wie ihn – die sich das Wort nicht verbieten lassen und die mit Tapferkeit und Mut gegen Ungerechtigkeiten ankämpfen.“

[#andreashofer](#) [#helddtirolergeschichte](#) [#tirol](#) [#eintirol](#)

Bildnachweis:

Kalender Schlesien:
buchver-
sand@lesenundschenken
.de.

Alle weiteren Bilder und
Graphiken
stammen aus
Privatsammlungen oder
von offiziellen AfD-Seiten.

Red./HK

Buchempfehlung

Die Gründung des Deutschen Reiches 1870/71 in Augenzeugen berichten

Ernst Deuerlein



Weinempfehlung

P W E I N G U T
PETER HORNSTEIN

WEINGUT
GUTSAUSSCHANK
BRENNEREI
FERIENWOHNUNG

info@hornstein.wine
www.hornstein.wine

Sonnenbichlstr. 5 · D-88149 Nonnenhorn
Telefon +49 83 82-88 75 70 · Fax 88 75 58

Impressum

SPRECHER Herbert Karl:
0175 9036144

SPRECHER Vadim Derksen:
0176 82072670

STELLV. SPRECHER :
Martina Kempf
Martin Schmidt, MdL

ANSCHRIFT:
Grösselbergstr. 7
75331 Engelsbrand

SPENDEN Sparkasse Pforzheim-Carlw I
BAN: DE33 6665 0085 0008 9636 65
www.vadm-afd.de

E-Mail:
kontakt@vadm-afd.de